



**An die
Mitglieder
des Ausschusses für Finanzen und Interne
Services**

Fachbereich Finanzen

Kämmerei, Stadtkasse und Stiftungen

Reitende-Diener-Straße 12-17

Auskunft erteilt

Herr Driver

Telefon

309 – 4637

Telefax

309 – 3959

Email

John.driver@stadt.lueneburg.de

Mein Zeichen

10 24 42

Datum

07.03.2025

PROTOKOLL

Anliegend erhalten Sie das Protokoll zur nachstehenden Sitzung:

▼ Gremium

Ausschuss für Finanzen und Interne Services

▼ Sitzung vom:

13.12.2024

▼ Sitzungsort

Huldigungssaal, Rathaus

▼ Tatsächliche Sitzungsdauer

16:05 - 17:09 Uhr

Den Öffentlichkeitsstatus der Sitzung entnehmen Sie bitte der beigefügten Tagesordnung.

Vorsitzender

Dezernent

Protokollführung

Schwake

Rink

Driver



ANWESENHEITSLISTE

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Herr Alexander Schwake

Mitglieder des Gremiums

Herr Uwe Nehring

Herr Ulrich Blanck

Vertretung für: Frau Jule Grunau Bürgermeisterin

Frau Dr. Corinna Maria Dartenne

Frau Marianne Esders

Herr Kai Herzog

Frau Hiltrud Lotze Bürgermeisterin

Vertretung für: Herrn Jörg Kohlstedt

Herr Sören Pinnekamp

Grundmandat

Herr Frank Soldan

Vertretung für: Herrn Eike Freitag

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Karin Fischer Gleichstellungsbeauftragte

Verwaltung

Frau Claudia Kalisch

Herr Matthias Rink Stadtkämmerer

Herr Timo Gomell BL 20

Frau Franziska Knoop B 20

Herr Michael Schmidt

Protokollführung

Herr John Driver B 20

Abwesende Mitglieder

Mitglieder des Gremiums

Frau Jule Grunau Bürgermeisterin

fehlt entschuldigt

Herr Jörg Kohlstedt

fehlt entschuldigt

Grundmandat

Herr Eike Freitag
Herr Robin Gaberle

fehlt entschuldigt
fehlt entschuldigt

TAGESORDNUNG:

Öffentlicher Teil

- 1** **Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- 2** **Feststellung der Tagesordnung**
- 3** **Genehmigung des Protokolls vom 21.11.2024**
- 4** **Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil**
- 5** **Einwohnendenfragen**
- 6** **Förderung sozialer Projekte aus Mitteln der Stiftung Hospital zum Großen Heiligen Geist für das Jahr 2025
Vorlage: VO/11525/24**
- 7** **Haushaltsplanentwurf für die Haushaltsjahre 2025/2026 für das Hospital zum Großen Heiligen Geist
Vorlage: VO/11498/24**
- 8** **Haushaltsplanentwurf für die Haushaltsjahre 2025/2026 für das Hospital zum Graal
Vorlage: VO/11497/24**
- 9** **Haushaltsplanentwurf für die Haushaltsjahre 2025/2026 für das Hospital zum St. Nikolaihof
Vorlage: VO/11499/24**
- 10** **Haushaltssatzung und Festsetzung des Investitionsprogramms sowie des Stellenplans der Hansestadt Lüneburg für die Haushaltsjahre 2025 und 2026
Vorlage: VO/11459/24**
- 11** **Anfragen im öffentlichen Teil**

PROTOKOLL:

Öffentlicher Teil

zu 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Beratungsinhalt:

Ausschussvorsitzender Schwake begrüßt das Plenum und gibt zur Kenntnis, dass nicht sämtliche 70 Anträge diskutiert, sondern lediglich sachlich durch die Verwaltung vorgestellt würden. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss:

Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:8
Nein-Stimmen:0
Enthaltungen:0

zu 3 Genehmigung des Protokolls vom 21.11.2024

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung vom 21.11.2024 wird einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:6
Nein-Stimmen:0
Enthaltungen:2

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil

Beratungsinhalt:

Stadtrat Rink informiert, dass der die Liquiditätskredite betreffende Nachtragshaushalt für das Jahr 2024 mittlerweile genehmigt worden sei.

Herr Rink berichtet weiter über einen am selben Tage stattgefundenen Termin mit dem Niedersächsischen Städtetag zum Thema Asyl. Das Ergebnis sei finanziell und strukturell interessant, da die Regelungen von Landkreis zu Landkreis unterschiedlich und mit einem Nord-Süd-Gefälle zulasten des Nordens ausgestaltet würden.

zu 5 Einwohnendenfragen

Beratungsinhalt:

Eine Einwohnerin richtet die folgende Frage an die SPD-Fraktion des Rates der Stadt Lüneburg:

Im kommunalen Wahlkampf 2021 hatte die SPD im Wahlprogramm versprochen (Zitat): „Wir werden den Klimaschutzplan der Hansestadt konsequent umsetzen.“

In den ADFC- Wahlprüfsteinen zur Wahl hatte Jens-Peter Schultz auf die Frage nach dem Fahrradstraßenring geantwortet, der Fahrradring sei bereits durchgeplant und dass die SPD sich dafür einsetzen wolle, Radverkehrsmaßnahmen zu finanzieren. Für den Haushalt 2025/2026 unterstützt die SPD jedoch einen Änderungsantrag, die eingeplanten Finanzmittel für die Fertigstellung des Fahrradstraßenrings zu streichen.

Wie verträgt sich diese Streichung mit den früheren Wahlversprechen?

Ratsfrau Lotze antwortet für die SPD- Fraktion, die Finanzmittel sollten nicht gestrichen, sondern aufgrund einer Priorisierung von Sport- und Familienfördermaßnahmen verschoben werden. Für die SPD blieben Klimaschutzmaßnahmen in Lüneburg dennoch wichtig.

Die Einwohnerin ergänzt ihre Anfrage um eine Aussage zum Nachhaltigen Urbanen Mobilitätsplan (NUMP). Dieser sei vom Rat nur in Teilen verabschiedet worden; gerade deshalb müsse der Fokus aufgrund der Dringlichkeit auf andere Maßnahmen gelegt werden.

Frau Lotze antwortet, dass der NUMP auch viele Maßnahmen zugunsten des Radverkehrs beinhalte, die aber nicht zu 100 %, sondern in gegenseitiger Abwägung und Priorisierung mit anderen Maßnahmen umgesetzt würden.

Ein weiterer Einwohner richtet seine Frage an die Ausschussmitglieder:

Der Zukunftsrat setzt sich seit einigen Jahren für die Bildung eines Bürger:innenrates in Lüneburg ein. Er ist Mitglied der interfraktionellen Arbeitsgruppe, die ein Konzept für die Bürger: innenräte in Lüneburg erarbeitet hat.

Wie vermutlich die große Mehrheit der hier Anwesenden, sieht der Zukunftsrat mit großer Besorgnis, dass das Vertrauen in die gelebte Demokratie hier in Deutschland seit Jahren kleiner wird. Viele Beobachter:innen befürchten, dass wir in eine ernsthafte Krise unserer Demokratie geraten, wenn wir nicht bereit sind, unsere Demokratie zu modernisieren. Bürger:innen wollen komplexe Aushandlungsprozesse nachvollziehen, sich wahrgenommen fühlen und ein Gefühl von Selbstwirksamkeit entwickeln können. Viele Wissenschaftler und auch Politiker: innen sehen in Bürger: innenräte ein wichtiges Instrument, um das Vertrauen in unsere Demokratie wieder zu stärken. Der Charme der Bürger:innenräte wird in der Zufallsauswahl, der Möglichkeit, sich punktuell zu engagieren, und die professionell moderierte konsensuale Diskussionsweise gesehen.

Frage: Wenn Sie – wie die CDU es vorschlägt – trotzdem Bürger:innenräte in Lüneburg wieder abschaffen wollen, möchten wir wissen, wie Sie in dieser für die Demokratie bedrohlichen Lage Bürgerbeteiligung gewährleisten wollen? Welche Vorschläge haben Sie, dass sich die Bürger:innen engagieren können, kontrovers diskutieren und konsensual konstruktive Lösungsvorschläge entwickeln kön-

nen?

Ratsherr Blanck wundert sich über den Antrag der CDU; er sieht kaum Chancen für eine Umsetzung, da der Bürgerrat ein sehr geeignetes Instrument zur Bürgerbeteiligung sei.

Ratsherr Soldan ist der Auffassung, dass die Realität von den ursprünglichen Vorstellungen abweiche. Es liege auch ein Fehler im Konstrukt, weil ein Bürgerrat, der seine Aufgabe ernst nehme, auch die finanziellen Rahmenbedingungen im Blick haben müsse.

Die Ratsfrauen Esders und Lotze sehen Bürgerräte ebenfalls als geeignetes Instrument, um Bürgerinnen und Bürger in die Verantwortung zu nehmen, stellen aber auch die Frage, wie mit den Ergebnissen des Bürgerrates umzugehen sei.

Ausschussvorsitzender Schwake möchte durch den Antrag die repräsentative Demokratie durch die politischen Parteien stärken.

Oberbürgermeisterin Kalisch erwidert, es liege an uns, Themen auszusuchen, die klare Entscheidungsfindungen mit ggf. geringeren finanziellen Auswirkungen oder Abgleich mit den finanziellen Möglichkeiten der Stadt ermöglichen.

zu 6 Förderung sozialer Projekte aus Mitteln der Stiftung Hospital zum Großen Heiligen Geist für das Jahr 2025 Vorlage: VO/11525/24

Beratungsinhalt:

Stadtrat Rink schickt voraus, der Stiftungsrat habe den vorgeschlagenen Fördermaßnahmen einstimmig zugestimmt.

Die Frage von Ratsfrau Esders nach den Gründen für die Reduzierung der Fördermittel für die Stadtteilhäuser beantwortet Herr Rink mit Einschränkungen, die sich aus dem Stiftungszweck ergeben hätten.

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen und Interne Services empfiehlt dem Rat der Hansestadt Lüneburg einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Beschlussvorschlag:

Die Förderung folgender Einrichtungen / Dienste aus finanziellen Mitteln der Stiftung Hospital zum Großen Heiligen Geist im Jahr 2025 wird wie folgt beschlossen:

- | | | |
|---------------------------------------------------------------------|-----------|-----------|
| 1. Stadtteilhäuser und Stadtteilmanagement (Mehrgenerationenarbeit) | 474.000 € | |
| | | 348.290 € |
| 2. Mehrgenerationenhaus der Caritas | 20.000 € | |
| 3. Mosaïque – Haus der Kulturen | 50.000 € | |
| 4. Stadtteilarbeit Paul-Gerhard-Gemeinde (Kindertafel) | 60.000 € | |
| 5. Senioren- und Pflegestützpunkt (SPN) | 240.600 € | |
| 6. Lüneburger Tafel | 5.000 € | |
| 7. WerkStadt Lüneburg | 36.760 € | |
| | | 16.000 € |
| 8. Paritätischer – Freiwilligenagentur | 18.000 € | |
| 9. ADFC – Teilhabefahrräder | 36.840 € | |
| 10. Ratsbücherei Lüneburg / Kaltenmoor | 25.305 € | |
| 11. Museumsstiftung Lüneburg | 54.600 € | |
| 12. Zuschuss Hospital zum Graal | 70.000 € | |

Abweichungen:

Abweichend wurde in der Sitzung vom 02.12.2024 beschlossen, das Projekt #1 „Stadtteilhäuser und Stadtteilmanagement (Mehrgenerationenarbeit)“ mit €348.290,- (ursprünglich €474.000,-) zu fördern. Für das Projekt #7 „Werkstadt Lüneburg“ wird eine Fördersumme von maximal €16.000,- veranschlagt (ursprünglich €36.760,-). Eine Beschlussfassung zu diesem Projektantrag wird auf eine spätere Sitzung des Stiftungsrates verlagt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:8
Nein-Stimmen:0
Enthaltungen:0

**zu 7 Haushaltsplanentwurf für die Haushaltsjahre 2025/2026 für das Hospital
zum Großen Heiligen Geist
Vorlage: VO/11498/24**

Beratungsinhalt:

Stadtrat Rink führt ein, die Haushaltsplanentwürfe der Hospitäler hätten über das Ratsinformationssystem zur Verfügung gestanden und seien im Stiftungsrat ausführlich diskutiert worden. Insofern könne an dieser Stelle auf eine detaillierte Darstellung der Pläne verzichtet werden. Die anschließende Beschlussfassung zu den TOP 7 bis 9 erfolgt jeweils einstimmig.

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen und Interne Services empfiehlt dem Rat der Hansestadt Lüneburg einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Beschlussvorschlag:

Der Haushaltsplan des Hospitals zum Großen Heiligen Geist für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 wird zum Stand der aktuellen Veränderungsliste unter Berücksichtigung der beschlossenen politischen Änderungsanträge beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:8
Nein-Stimmen:0
Enthaltungen:0

**zu 8 Haushaltsplanentwurf für die Haushaltsjahre 2025/2026 für das Hospital
zum Graal
Vorlage: VO/11497/24**

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen und Interne Services empfiehlt dem Rat der Hansestadt Lüneburg einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Beschlussvorschlag:

Der Haushaltsplan des Hospitals zum Graal für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:8
Nein-Stimmen:0
Enthaltungen:0

zu 9 Haushaltsplanentwurf für die Haushaltsjahre 2025/2026 für das Hospital zum St. Nikolaihof Vorlage: VO/11499/24

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen und Interne Services empfiehlt dem Rat der Hansestadt Lüneburg einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Beschlussvorschlag:

Der Haushaltsplan des Hospitals St. Nikolaihof für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:8
Nein-Stimmen:0
Enthaltungen:0

zu 10 Haushaltssatzung und Festsetzung des Investitionsprogramms sowie des Stellenplans der Hansestadt Lüneburg für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 Vorlage: VO/11459/24

Beratungsinhalt:

Ausschussvorsitzender Schwake bedankt sich für die Bereitstellung der Unterlagen.

Stadtrat Rink erläutert die verteilten Unterlagen hinsichtlich Aufbau und zugrundeliegender Systematik.

Herr Schwake führt zum weiteren Vorgehen aus, dass alle für eine Beschlussfassung des Rates erforderlichen Informationen im politischen Raum vorliegenden würden.

Oberbürgermeisterin Kalisch ergänzt, dass die Fraktionen nunmehr soweit sein sollten, am Dienstag im Verwaltungsausschuss einen konkreten Haushaltsvorschlag für die Ratssitzung am Donnerstag machen zu können. Sie macht noch einmal deutlich, wie wichtig die rechtzeitige Verabschiedung eines Haushaltes, gerade in den aktuellen bewegten Zeiten, sei.

Beschluss:

Die Informationen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

zu 11 Anfragen im öffentlichen Teil

Beratungsinhalt:

Es liegen keine Anfragen vor.

